DFG-VK Buko 2022, hier: (erstmalige) Vergabe des Ludwig-Baumann-Preises des Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK am 20. Mai 2022 (SPERRFRIST: 20.05.20.00 h) – **Kurzvorstellung von Ludwig Baumann** (13.12.1921 – 5.7.2018)

Liebe friedensbewegte Mitstreiter*innen, liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich sehr, dass der Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK einen Preis gestiftet hat, um bemerkenswertes friedenspolitisches Engagement auszuzeichnen und zu würdigen. Diesen Preis mit dem Namen von Ludwig Baumann zu verbinden, begrüße ich sehr namens und in Vertretung der Mitglieder unserer Bundesvereinigung. Ludwig Baumann war fast drei Jahrzehnte lang Herz und Motor, Stimme und Gesicht der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Wie ist er dazu gekommen, Fürsprecher, Anwalt und im besten Sinne Lobbyist derjenigen zu werden, die in den Kriegsjahren 1939-1945 als Kriegsdienstverweigerer, Fahnenflüchtige, Wehrkraftzersetzer oder Kriegsverräter von den Nazis verfolgt, bestraft und – über 30.000 mal – zum Tode verurteilt wurden? Er selbst gehörte dazu, weil er im Juni 1942 im besetzten Frankreich als Soldat aus der Wehrmacht desertierte. Am 30. Juni 1942 wurde er in Bordeaux wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt, verbrachte dort 10 Monate in der Todeszelle, bevor seine Odyssee begann durch KZ-ähnliche Inhaftierungsorte wie Esterwegen, das Wehrmachtgefängnis Fort Zinna in Torgau und schließlich mit sogenanntem Bewährungseinsatz an der Ostfront im Strafbataillon 500 endete.

Mit ganz viel Glück hat Ludwig Baumann den Zweiten Weltkrieg überlebt, aber das eigene wie das miterlebte Leid durch die Schrecken des Krieges hatte ihn traumatisiert. Obwohl er ein aktiver Mensch war, der sehr fröhlich sein konnte, hat er bis zu seinem Lebensende darunter gelitten. Ludwig, 1921 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns in Hamburg geboren und aufgewachsen, konnte mit dem Gehabe der Nazis nichts anfangen, hatte dem Werben für die Hitlerjugend widerstanden, musste aber den paramilitärischen und militärischen Nazi-Dienstpflichten folgen, zuerst im sogenannten Arbeitsdienst, dann ab 6. Februar 1941 als wehrpflichtiger Soldat.

Ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung galt damals, selbst für die Mehrheit der Pazifisten, als nahezu unvorstellbar: Der mit dem Militarismus einhergehende Glaube an die "Schwertgewalt", der bereits in den Ersten Weltkrieg, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, geführt hatte, wurde in der Zeit der NS-Herrschaft 1933-1945 mit staatlicher Macht zum Fetisch erhoben. Gewaltverzicht und friedliche Streitbeilegung waren verpönt, verfolgt und unter Strafe gestellt. 1926 hatte Hitler in seiner programmatischen Schrift "Mein Kampf" die Parole ausgegeben, "der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben". Pazifistische Schriften wurden am 10. Mai 1933 bei Bücherverbrennungen, die in vielen Städten von Nazis organisiert worden waren, verbrannt; deren Autor*innen waren gut beraten, wenn sie Deutschland verlassen konnten.

Dem Publizisten Carl von Ossietzky, der als verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *Die Weltbühne* mehrfach wegen Beleidigung des Militärs angeklagt und verurteilt worden war, gelang das nicht: Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand 1933 wurde er verhaftet, inhaftiert und 1934 zuerst ins SA-Konzentrationslager Sonnenburg, dann ins KZ Papenburg-Esterwegen deportiert. Dort wurde er so misshandelt, gefoltert und geschunden, dass er sehr schwer erkrankte. Nachdem ihm infolge internationaler Solidaritätsaktionen für seine militärkritischen Analysen der Weimarer Zeit der Friedensnobelpreis für 1935 zugesprochen worden war, konnte er zwar 1936 in ein Krankenhaus nach Berlin gelangen, verstarb aber dort, weiterhin unter Gestapo-Aufsicht, zwei Jahre später im Mai 1938 an den Folgen seiner Inhaftierung. Ossietzky, wie Ludwig Baumann gebürtiger Hamburger, wurde keine 50 Jahre alt, hat aber in seiner kurzen Lebenszeit viel bewegt. Ohne höheren Schulabschluss entwickelte er sich vom "Hilfsschreiber" zu einem profilierten Theaterkritiker und Kommentator, dessen militärkritische Beobachtung und Beschreibung in einschlägig engagierten Kreisen hoch geschätzt

wurden. 1889 geboren, wurde er 1914 zum ersten Mal verurteilt, weil er vorgeblich die "Kriegsgerichtsbarkeit beleidigt" habe. Laut eigener späterer Auskunft sei er durch diese Verurteilung zum Pazifisten geworden, sein Kriegseinsatz 1916 sei dafür nicht mehr von Belang gewesen. Carl von Ossietzky war bereits 1912 Mitglied der DFG geworden, sein unermüdliches Engagement gegen Militarismus und Krieg, für Frieden und Völkerverständigung entwickelte sich im Laufe seines Lebens durch (selbst-)kritisches Beobachten und Reflektieren, Abscheu vor Krieg und Gewalt, gepaart mit Visionen für eine demokratische Gesellschaft freier Individuen. 1919 wurde er für kurze Zeit DFG-Sekretär, bevor er sich zunehmend publizistischer Arbeit widmete. Er wurde ein, wenn nicht *der* literarische Seismograph für das tragische Ende der Weimarer Republik. Deren Übergang in ein Herrschaftssystem bis dahin ungekannter Brutalität und subtiler wie offener Vorbereitung von Angriffs- und Vernichtungskriegen einschließlich industrieller Vernichtung von Menschen hat er nicht voraussehen können. Seine unbeugsame Haltung setzte seine Peiniger ins Unrecht und machte Ossietzky noch zu Lebzeiten zu einer Symbolfigur des antifaschistischen Widerstands.

Damit zurück zu Ludwig Baumann, der – zusammen mit seinem Freund Kurt Oldenburg – als 20jähriger Hitlers Angriffs- und Vernichtungskrieg nicht mehr mit ansehen, geschweige denn mitmachen wollte: Er wollte nur leben, zivil und in Freiheit sein. Den deutschen Wehrmachtsoldaten, die Frankreich besetzt hatten, wurden in ihrer Freizeit zur Unterhaltung und Motivierung Propaganda-Filme der Nazi-Wochenschau gezeigt, die Eindrücke von den vorgeblichen Siegen der Wehrmacht an der Ostfront vermitteln sollten. Ludwig und sein Freund Kurt zogen gänzlich andere Schlüsse aus den Darbietungen. Sie fragten sich, welche Kriegsverbrechen die gefangenen Soldaten Russlands und anderer überfallener Länder dort erleiden mussten. An diesem Krieg und solchen Verbrechen wollten sie nicht mitschuldig werden, Abhauen und nicht-mehr-Mitmachen waren angesagt. Was folgte, wurde eingangs resümiert. Erst nach dem Ende des Krieges wurde klar: NS-Deutschland hatte 1945 zwar den Krieg verloren, aber die NS-Ideologie war mit der Befreiung durch die militärischen Siegermächte keineswegs getilgt worden. Die Entnazifizierung wäre ein Thema für sich, aber der Umgang mit den Opfern der NS-Militärjustiz beschreibt es beispielhaft. Während die ca. 3000 Juristen der Wehrmacht den Krieg nicht nur weitestgehend überlebt hatten, konnten sie auch vielfach ihre juristische Karriere nahtlos in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen. Demgegenüber haben nur sehr wenige der von ihnen zum Tode Verurteilten den Krieg überhaupt überlebt, von den rd. 30.000 Todesurteilen wurden etwa 22.000 unverzüglich oder zeitnah vollstreckt. Wer zu den wenigen Überlebenden gehörte, die nach dem Krieg den Mut aufbrachten, Anträge auf Kriegsopferentschädigung zu stellen, wurde als Opfer der NS-Militärjustiz bis 1998 meist ausgegrenzt: Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht oder Wehrkraftzersetzung, erst recht nicht Kriegsverrat, begründeten laut Gesetz und höchstrichterlicher Rechtsprechung keinen Entschädigungs-Anspruch. "Während den Funktionären des NS-Staates und ihren Hinterbliebenen üppige Versorgungsbezüge gewährt wurden, hatten die Gegner und Opfer des Regimes nach dem Krieg lange Zeit die Ablehnung ihrer Ansprüche hinzunehmen", lautet die zusammenfassende Bilanz einer juristischen Dissertation 2002. Diese jahrzehntelange Ungerechtigkeit wurde Anfang der 80er Jahre zunehmend als empörend empfunden. Ludwig Baumann, der seit Jahren öffentlich gegen den Widerspruch von Konsumwahn und Hunger in der Welt protestierte, konnte 1990 in eigener Sache überzeugt und als Initiator einer Art Selbstorganisation der Opfer der NS-Militärjustiz gewonnen werden. Nach deren Gründung wurde er im Oktober 1990 ihr Vorsitzender und authentischer Sprecher. Mit der ihm eigenen Akribie und Energie nahm Ludwig sich seiner neuen Aufgabe an und führte ungezählte Gespräche mit Ansprechpartner*innen in Politik, Medien und bei Bundesbehörden. In der Sache konnte er sich neben eigenen biografischen Erfahrungen auf Untersuchungen und Arbeiten von Mitstreitern des wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung stützen, dessen Mitglieder als renommierte Historiker vielfältige Kontakte in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit hatten. Mit dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 11.

September 1991, das der Witwe eines hingerichteten Wehrmachtdeserteurs erstmals Rente zusprach und damit die vorausgehende Rechtsprechung ad acta legte, wurde der politische Kampf beflügelt, blieb aber noch lange Zeit mühsam und zäh: Für das erste Aufhebungsgesetz nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege 1998 musste der damalige Bundesjustizminister selbst in seiner eigenen Fraktion sehr angestrengt um Zustimmung ringen. Es fand zwar die nötige Mehrheit im Deutschen Bundestag, schloss aber bei genauerem Hinsehen die Deserteure der Wehrmacht von der angestrebten pauschalen Rehabilitierung aus. Die - von der späteren SPD Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin in Aussicht gestellte - "Nachbesserung" durch ein entsprechendes Ergänzungsgesetz, das die SPD noch als Oppositionspartei vorbereitet hatte, wäre fast nicht zustande gekommen bzw. bei der ersten rot-grünen Regierungsarbeit "vergessen" worden, nicht zuletzt auch infolge deutscher Kriegsbeteiligung am NATO-Überfall auf Serbien, hätten nicht Ludwig Baumann und Manfred Messerschmidt Anfang 2001die damalige PDS-Fraktion dafür gewinnen können, den SPD-Gesetzentwurf von 1998 aufzugreifen und neu in den Bundestag einzubringen. Das gute Gedächtnis wurde - peinlicherweise - zunächst nicht erkannt, später aber belohnt: Am 17. Mai 2002 beschloss der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS die pauschale Rehabilitierung der Wehrmachtdeserteure. 57 Jahre nach Kriegsende wird gesetzlich bescheinigt, dass Desertion aus der Wehrmacht "weder kriminell noch unehrenhaft gewesen" sei "in einem vom NS-Deutschland verschuldeten Angriffs- und Vernichtungskrieg".

Auch diese Erinnerung gilt es heute, 20 Jahre später, nachdrücklich festzuhalten: Erleben wir doch gerade hierzulande seit dem Überfall der Armee Russlands auf die Ukraine eine bis dahin kaum vorstellbare Renaissance und Euphorie für Waffenlieferungen und militärische Gewalteinsätze – Schwertglauben 2022, begründet als Beistand und vermeintliche Unterstützung im Kampf für Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrechte in der Ukraine.

Der Kampf um Anerkennung und Rehabilitierung für die Opfer der NS-Militärjustiz war 2002 noch nicht abgeschlossen: Es bedurfte weiterer wissenschaftlicher Arbeit, um nachzuweisen, dass auch diejenigen, die wegen sogenannten Kriegsverrats verurteilt und als einfache Soldaten meist unverzüglich hingerichtet worden waren, aus lauteren Motiven und in NS-widerständiger Absicht gehandelt hatten. Unter dem prägnanten Titel "Das letzte Tabu – NS-Militärjustiz und Kriegsverrat" gaben 2007 Wolfram Wette und Detlef Vogel einschlägige Forschungsergebnisse heraus, die zeitnah die gewünschte politische Resonanz gefunden haben. 2009 beschloss der Deutsche Bundestag am 8. September, dem letzten Tag der 16. Wahlperiode, mit den Stimmen aller damals im Bundestag vertretenen Fraktionen das 2. Ergänzungsgesetz zum NS-Unrechtaufhebungsgesetz und damit auch die pauschale Rehabilitierung der Kriegsverräter. Die beeindruckende Einmütigkeit dieses Beschlusses verdeckte zwar politischen Streit, machte aber deutlich, dass der aus gesellschaftspolitischer Minderheitenposition mühsam begonnene Kampf um Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz nun auch politisch überparteilich mehrheitsfähig geworden war.

Ludwig Baumann lag viel daran, seine Bundesvereinigung als unabhängigen NS-Opferverband zu profilieren. Seine Authentizität und sein Engagement an vielen Stellen und in vielen Zusammenhängen auch in der Gedenkstättenarbeit, besonders aber im Zusammenwirken mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und deren Wanderausstellung, "Was damals Recht war", belegen das. Sie haben den Wehrmachtdeserteur zu einem Symbol des NS-Widerstands einfacher Leute gemacht. Ludwig war kein "Vereinsmensch", hat sich aber sehr gefreut, als ihm 2011 anlässlich seines 90. Geburtstags die Ehrenmitgliedschaft der DFG-VK überreicht wurde. Sonnhild und Ulli Thiel (1943-2014) haben dabei federführend mitgewirkt. Ihnen war er zeitlebens freundschaftlich verbunden. Sie haben sein re-

ges Interesse befördert, als Zeitzeuge Kontakt zu Schulen und Bildungseinrichtungen zu suchen. Das machte ihm stets große Freude, im Gespräch mit jungen Menschen lebte er auf. Die ihm wichtigsten Botschaften waren: NIE WIEDER KRIEG! Und: KRIEGSVERRAT IST FRIEDENSTAT! Noch nach seinem 95. Geburtstag wirkte er an öffentlichen Veranstaltungen mit und gab bis zum Sommer 2016 Interviews. Seinen 96. Geburtstag musste er in einem Pflegeheim* verbringen, wo er im Juli 2018 verstarb.

Oft sind wir in Bremen zusammen geradelt. Wie sehr Ludwig Baumann das Leben geschätzt und wie gern er gelebt hat, ist mir am Ende seiner Zeit immer dann besonders deutlich geworden, wenn er verschmitzt lächelnd zu mir sagte: "Wäre ich doch nochmal 90!"

Günter Knebel, Bremen (16. Mai 2022)



© Foto: Günter Knebel

*Ludwig Baumann 2018 im Pflegeheim. (Am 10.01.2018: Bei der Lektüre der Einladung des Bundestagspräsidenten zur Gedenkstunde am 27. Januar 2018)

Hinweise auf Quellen:

Ingo Müller, Artikel: Carl von Ossietzky, in: H. Donat/K. Holl (Hrsg.), Hermes Handlexikon der Friedensbewegung, Düsseldorf 1983

Joachim Käppner: Wider die halbe Wahrheit. In: Süddeutsche Zeitung, 21. Mai 2003 – Ossietzky als journalistisches Vorbild

Maren Gottschalk: 04.05.1938 - Der Todestag von Carl von Ossietzky WDR ZeitZeichen vom 4. Mai 2013. (Podcast)

Ludwig Baumann/Norbert Joa, Niemals gegen das Gewissen, Freiburg 2014

Andreas Scheulen, Ausgrenzung der Opfer – Eingrenzung der Täter, Dissertation Berlin 2002 Detlef Vogel, Wolfram Wette (Hrsg.), Das letzte Tabu – NS-Militärjustiz und Kriegsverrat, Berlin 2007